

2017-02-28

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz am 24.08.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Feuerwache, Innsbrucker Straße 8

Es fehlten:

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Palermo, Antonio

Sachkundige/r Einwohner

Herrmann, Roland

Kunert, Kai

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kuras, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die turnusmäßige Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz.

Die Sitzung wird eröffnet.

Herr Kuras:

Gibt es Einwände zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung? → keine

Die Einladung ist frist- und formgerecht erfolgt.

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung.

Herr Kuras:

Stellt zur Beschlussfähigkeit fest, dass 4 stimmberechtigte Mitglieder erschienen sind. Herr Schönemann hat sich vorab entschuldigt, dass er später kommt. Es sind 2 sachkundige Einwohner anwesend.

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Kuras:

Gibt es Einwände oder Ergänzungen? → keine

Feststellung der Tagesordnung.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.05.2016

Herr Kuras:

Bedankt sich für das ausführliche und korrekte Protokoll und genehmigt die Niederschrift.

Herr Kuras:

Gibt es Einwände, Hinweise oder Ergänzungen? → keine

Feststellung der Niederschrift.

4 Einwohnerfragestunde

Herr Kuras:

Es liegt bereits ein Antrag von Frau Lechner vor, die gerne zum Rehsumpf etwas sagen möchte.

Frau Lechner:

Bei der Rettung des Rehsumpfes muss sowohl der Katastrophenschutz als auch der Hochwasserschutz berücksichtigt werden. Derzeit erarbeitet der Verein Rehsumpf eine Konzeption und möchte hierzu wissen, was berücksichtigt werden muss und wer hierzu angesprochen werden kann. Was muss hierzu beachtet werden? Im Ausschuss wurde ein Brief verteilt. In diesem wird für den Verein geworben und die Arbeit vorgestellt.

Herr Kuras:

Bedankt sich für die Frage und möchte wissen, ob jetzt schon jemand etwas dazu sagen möchte. Im Bauausschuss war dies bereits Thema. Die Stadt begrüßt das Vorhaben und dass sich ein Verein gefunden hat, der diese Anlage weiter betreiben möchte. Es wird derzeit überlegt, welche Gebäude noch benötigt werden und welche abgerissen werden können usw. Es wurde vom Verein erbeten, bis Ende Oktober ein Betreiberkonzept vorzulegen. Vor der Abstimmung des Konzeptes muss geschaut werden, welche Vorsorge für den Hochwasserfall getroffen werden muss. Man weiß, wie es in Mildensee und Waldersee im Hochwasserfall aussieht. Soll die Frage hier oder schriftlich beantwortet werden?

Frau Storz:

Wurde von Herrn Kressner angeschrieben und gebeten zu klären, wie es im Rehsumpf mit der Untervermietung aussieht. Wie Herr Ehm feststellte, ist dies Hochwassergebiet; somit ist die Frage, welche Risiken im Hochwasserfall bestehen und welche Chancen eine Wiederbelebung hat. Was muss beachtet werden und wie wird dies alles von den Fachleuten

eingeschätzt. Im Hochwasserfall wird dort niemand versichert sein. Somit würde die Stadt die Verantwortung tragen.

Herr Unger:

Möchte die Untere Wasserbehörde als Gesprächspartner anbieten. Das Abflussgeschehen muss geklärt werden. Dies ist insbesondere für Mildensee und Waldersee interessant. Per Gesetz ist schon das Nutzen und Bauen und die Änderung von baulichen Anlagen in diesem Überschwemmungsbereich geklärt. Meist ist das verboten und nur unter ganz klar definierten Kriterien können Ausnahmen gemacht werden. Bei einer Umnutzung sind das auch andere Kriterien als bei einem Neubau, dennoch kann man das jetzt nicht im Detail beantworten. Wichtig ist, dass sich nichts am Retentionsraum ändert und es somit zu keiner Abflussveränderung kommt. Es gibt zudem die Möglichkeit, dass Hochwasser in die Gebäude eindringt und an anderer Stelle wieder austritt, so wie der Rehsumpf ursprünglich konzipiert wurde. Über Ölheizungen usw. muss dann nicht gesprochen werden. Diese Dinge sind dann zu berücksichtigen. Somit gilt das Gesprächsangebot mit der Unteren Wasserbehörde.

Herr Kuras:

Merkt an die Kontaktdaten von Frau Lechner zu notieren, um Kontakt aufzunehmen. Es soll außerdem berücksichtigt werden, dass nicht ausschließlich mit der Unteren Wasserbehörde gesprochen wird, sondern auch andere betroffene Ämter mit hinzugezogen werden. Außerdem gibt er an, dass er von 1988 bis 1991 für die Bäder zuständig war, unter anderem auch für den Rehsumpf. Nun ist zu lesen, dass die Wasserqualität dort so gut sei, weil zum Nebenarm der Mulde kein Kontakt besteht. Damals gab es ständig Probleme mit der Qualität durch den erhöhten Gülle- und Düngeeintrag auf die Ackerflächen in unmittelbarer Umgebung. Dies muss vielleicht auch nochmal beprobt werden, insbesondere wenn der Badebetrieb wieder aufgenommen werden soll. Herr Unger steht gerne mit Rat und Tat zur Seite sobald das Konzept erarbeitet wurde.

Herr Ehm:

Begrüßt das Vorhaben. Im Ort selber konnte leider niemand gefunden werden, der sich dieser Sache annehmen wollte. Andererseits gibt es zwei Bitten. Zum einen an die Stadt und zum anderen an den sich zu gründenden Verein. Das Anliegen ist, Ordnung und Sauberkeit im ganzen Gelände über die ganze Zeit. Es wurden Gedanken geäußert, dass der Verein die Abrissmittel, die zur Verfügung stehen, nicht für Renovierungsarbeiten nutzen sollte, sondern zurückgelegt, für den Fall, dass es mit dem Verein doch nicht klappt und doch abgerissen werden muss. Damit die Stadt schlussendlich nicht auf Ihren Kosten sitzen bleibt.

Herr Kuras:

Nach seinem Kenntnisstand handelt es sich um Mittel für die Städtebauförderung, die man sowohl zum Abriss nehmen kann, als auch um Dinge zu ertüchtigen. Es ist nicht sinnvoll alle Gebäude stehen zu lassen, aber es muss geschaut werden, welche nicht benötigt werden. Es gibt unterschiedliche Aussagen zu der Brücke. Wird diese benötigt?

Frau Lechner:

Steht mit dem LHW schon in Kontakt.

Herr Kuras:

Bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Heberling:

Fragt, ob es Neuigkeiten zum Stand der Deichbaumaßnahme Deich Möster Höhen gibt?

Herr Unger:

Gibt bekannt, dass die Submission für die Ausschreibung am 11.08.2016 erfolgt ist. Der LHW ist im Auftragsvergabeverfahren, somit hat der Bau begonnen. Die Stadt muss für die Ertüchtigung der Fundamente der Hochspannungsleitungen Genehmigungen nach Wasser- und Naturschutzrecht erteilen. In der kommenden Woche beginnt die Ertüchtigung am ersten Mast. Der Spatenstich wird vom LHW mit Anfang Oktober angegeben. Es werden vom LHW keine Probleme im Vergabeverfahren erwartet.

Herr Kuras:

Prognose der Fertigstellung war Ende diesen Jahres bzw. Anfang kommenden Jahres?

Herr Torger:

Nein, Frühjahr 2018.

Herr Kuras:

Bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Schneider:

Die B185 soll in mehreren Bauabschnitten ertüchtigt werden. Hier gab es noch eine Lücke in der Hochwasserverteidigung von 30-40 Metern. Ist der Bereich gegenüber Höhe Rehsumpf mit angedacht?

Herr Kuras:

Baulastträger ist hier nicht die Stadt. Die Maßnahme wäre allerdings sinnvoll.

Herr Müller:

Zur Verteidigung in diesem Bereich gibt es ein konkretes Dokument. Es handelt sich um den Bereich Kreuzung Alte Mildenseer Straße bis Anfang Pötnitzer Deich. Dies sind 200 m in unterschiedlichsten Höhen (max. 40 cm).

Herr Kuras:

Fragt mit welchen technischen Mitteln man dieses Problem lösen kann.

Herr Müller:

Im Zuge des Straßenbaus wäre es möglich den Unterbau zu erhöhen. Dies ist allerdings eine finanzielle Frage. Amt 37 stellt dem Tiefbauamt den entsprechenden Auszug aus dem Sonderplan „Operativer Hochwasserschutz“ zur Verfügung.

Nachrichtlich: Durch das Tiefbauamt wurde bei der Landesstraßenbaubehörde eine entsprechende Anfrage gestellt, auf die folgende Antwort erteilt wurde. „Die derzeit laufenden Bauarbeiten im Zuge der B185 zwischen der A9 Anschlussstelle Dessau-Ost und der Ortstafel Dessau-.Roßlau beinhalten lediglich den Ersatz der Asphaltdeckschicht, teilweise aufgrund partieller Schädigungen der Asphaltbinderschicht sowie Ersatz der Schleifen der Lichtsignalanlagen und die Erneuerung der Markierung/Beschilderung. Diese Arbeiten sind von ihrer Art her nicht geeignet, bauliche Änderungen an der Lage und Höhe der bestehenden Verkehrsanlage vorzunehmen. Gerade im Nahbereich der vorhandenen Kreuzung B 185 /L 133 und der anschließenden Rehsumpfbrücke erscheint ein Anheben der B185 einschließlich straßenbegleitendem Geh-Radweg nicht ohne weiteres möglich.“

Herr Kuras:

Hinzu kommt das alte Problem mit der Brücke. Gibt es hierzu etwas Neues? Der LSBB wollte aus Straßenbaumitteln die Sohle aushöhlen damit dort mehr Platz ist.

Herr Unger:

Hierzu gab es eine Bauanlaufberatung beim LSBB. Gemeinsam beauftragt sind der LSBB für die B185 und die DVG für die Brücke der Wörlitzer Eisenbahn nebenan. Hier soll die Sohle auf ein verträgliches Maß vertieft werden. In der kommenden Woche beginnen die Bautätigkeiten. Die Fertigstellung ist für den Herbst geplant. Hierbei handelt es sich um eine Unterhaltungsmaßnahme. Dem Ortschaftsrat und der Wasserwehr Mildensee wird eine Vor- und Nachvermessung vorgelegt.

Herr Kuras:

Bittet um weitere Wortmeldungen der Anwesenden. → keine

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Kuras:

Gibt es Anfragen oder Informationen? → keine

5.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenschutz

Herr Kuras:

In der letzten Sitzung gab es hierzu eine breite Diskussion insbesondere zum Thema Internet. Frau Storz regte an das Thema aufzugreifen. Wie im vorherigen Protokoll festgelegt, wird ein Mitarbeiter von S5 etwas hierzu sagen.

Herr Sauer:

Vortrag: → *siehe Anlage 1*

Herr Müller:

Zum Thema WarnApps geht die Stadt folgendermaßen damit um. Es gibt mehrere verschiedene Anbieter. Im Amt wurde abgestimmt, dass eine App verwendet wird die bundesweit verwendet wird. Dies wäre die NINA App. Das MI LSA hat diese App als Favoriten vorgesehen. Hierzu wurde eine Kosten-/ Nutzenanalyse durch die Berufsfeuerwehr erarbeitet. Im Ergebnis hierzu wurde festgestellt, dass NINA das Mittel der Wahl wäre. Die App wäre sofort nutzbar. Bei einer Schadenlage müsste eine Sofortmeldung an das MI ergehen mit der Bitte, dieses Ereignis in die App einzustellen. Dies wäre kostenfrei. Das MI plant im kommenden Jahr, den Landkreisen Benutzeroberflächen zur Verfügung zu stellen, dass das auch sofort direkt geschehen kann. Dies würde ab 2017 bzw. 2018 eine jährliche Nutzungsgebühr von 2.000 € kosten. Die anderen Apps sind teurer. KatWarn z.B. kostet 3000 € pro Jahr. Die NINA App hat mehrere Vorteile, u. a. die voreingestellte Checkliste zur Bevorratung für den Katastrophenfall. Als Problem wird gesehen, wenn sich die Stadt für diese App entscheidet, muss die Bevölkerung dazu gebracht werden, sich diese App herunter zu laden. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist hier erforderlich.

Herr Kuras:

Diese Diskussion muss im Ausschuss mit genaueren Angaben fortgeführt werden. Dies wird ein Beschluss im Stadtrat werden. Fraglich ist, woher nehmen die Systeme ihre Nachrichten? Beispiel: ein Amokläufer rennt über Zerbster Straße; dann kann die App dies

doch nur durch die örtlichen Behörden erfahren. Wie wird sichergestellt, dass verbreitete Nachrichten seriös sind?

Frau Storz:

Bekräftigt, dass die NINA App ein guter Ansatz ist. Wenn man eine Oberfläche bekommt, auf der man dann die Meldungen selber einstellen kann, ohne das Fremde darin etwas verbreiten.

Herr Kuras:

Die Stadt Halle nutzt KatWarn.

Frau Storz:

Es bleibt weiter die Frage, was S5 im Katastrophenfall besser machen kann. Es wäre von Vorteil, wenn auf der neuen Internetseite der Stadt ein Link wäre, der im Katastrophenfall aktiviert wird und über den sich die Bevölkerung dann informieren kann. Natürlich wäre es gut, wenn die Stadt auch in den sozialen Medien vertreten ist und es hierfür eine Adresse bei der Stadt gibt. Also am besten NINA, Internetseite mit Link und soziale Medien. Zusätzlich muss noch über die jeweilige Technische Einsatzleitung (TEL) eine stündliche Information erfolgen die ausgehangen wird. Außerdem soll Dessau-TV besser eingebunden werden. Es wäre schön, wenn dazu in 2-3 Monaten nochmal zum Bearbeitungsstand berichtet werden würde.

Herr Kuras:

Es wäre schön wenn hierzu bis dahin auch ein Kostenplan vorliegen würde, damit dann im Stadtrat eine Entscheidung vorbereitet werden kann. Wichtig ist, dass alle das Gleiche verwenden. Kurzzeitig wurde überlegt anstatt Facebook, Twitter zu benutzen. Priorität hat aber hauptsächlich die kontinuierliche Bespielung.

Herr Schönemann:

Eindeutige Informationen im Katastrophenfall müssen aus einer Hand kommen.

Herr Kuras:

Im Hochwasserfall waren unter anderem immer die Pegelstände interessant, die das LHW heraus gegeben hat. Und somit die Internetseite vom LHW stark frequentiert. Heute ist die Presse auch vertreten, vielleicht möchte Frau Gens von der MZ etwas dazu sagen.

Frau Gens:

Die Redaktion der MZ wurde umstrukturiert. Heutzutage müssen alle Schienen bedient werden, sowohl Twitter als auch Facebook und die Internetseiten. Gerade bei Facebook muss man immer dran bleiben, um dann auch die Veränderungen zu sehen.

Herr Kuras:

Also treffen die Aussagen von Herrn Sauer und Herrn Müller zu, wie es sich die MZ vorstellt.

Frau Gens:

Man muss beachten, dass sowohl die technische Ausstattung von Nöten ist, aber auch die Bedienung von Facebook eine Herausforderung ist. In der MZ bearbeiten dies 2 Mitarbeiter.

Herr Kuras:

Genau dieses Problem besteht bei der Stadt. Man muss dieses Problem angehen und vor allem die Bevölkerung nicht weiter aufregen. Die derzeitigen Kommentare zu dem was der Bundesinnenminister gesagt hat, sind befremdlich. Die einen sehen darin Kriegsausbruch und andere belächeln das Ganze. Ein verantwortungsvoller Staat hat für den Zivilschutz zu sorgen. Dies wurde über Jahre vernachlässigt und hierfür sind wir nun zuständig.

Frau Gens:

Der Pressesprecher in München ist erst vor einem Jahr angetreten, um soziale Medien einzuspielen. Dies war in dem Fall großes Glück.

Herr Kuras:

Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien war in diesem Fall eine Katastrophe, da so viel spekuliert wurde.

Gibt es noch weitere Fragen an Herrn Sauer oder Herrn Müller?

Herr Freyer-Gottschalk:

Der S6 wurde bei den Ausführungen beiseitegeschoben und es wurde sich auf den S5 konzentriert. Dies hat sich im Laufe der Ausführungen geändert. Gerade der S5 ist wichtig. Das hat man daran gesehen wie Facebook dank mangelnder Informationen zum Selbstläufer wird. Ganz wichtig ist die Bürgerinformation. Durch S5 muss dies parallel zur Pressearbeit laufen. Und dies nicht nur im zwei Stunden Takt. In jedem größeren Unternehmen gibt es jemanden, der die sozialen Medien bedient. Das sollte uns ein Beispiel sein. Außerdem sollte bedacht werden, dass zu Krisenzeiten eine Internetpräsenz überlastet sein kann. Vielleicht sollte man über cloudbasierte Lösungen nachdenken. Des Weiteren wird NINA seit zwei Jahren von ihm benutzt und funktioniert sehr gut. Früher gab es Sirenenalarm. Heute muss umgedacht werden.

Herr Kuras:

Bei einem Besuch in Klagenfurt konnte man den Probesirenenalarm hören.

Herr Freyer-Gottschalk:

Einige vereinzelte Gemeinden machen das noch. NINA erfüllt aber genau dieselben Funktionen. Darüber kann selber festgelegt werden mit welchen Informationen die Bürger in der eigenen Stadt versorgt werden. Es wird angeregt die Entscheidung kurzfristig zu fällen. Dank der Information der Bundesregierung sind jetzt alle sensibilisiert. In einem halben Jahr ist die ganze Sache wieder verpufft.

Frau Storz:

Ist dafür dass die Anregungen von den Kollegen aufgegriffen werden und mit der Einführung von NINA und Facebook im Amtsblatt veröffentlicht wird, wie die neue Erreichbarkeit ist.

Herr Müller:

Wir können NINA sofort kostenlos nutzen. Die kommenden jährlichen Benutzungsgebühren in Höhe von 2000 € wären bloß für die Nutzeroberfläche. Wenn jetzt eine Meldung eingestellt werden soll, muss diese lediglich an das MI geschickt werden. Dort wird sie geprüft und eigepflegt.

Herr Kuras:

Wir können heute den Beschluss fassen, dass die Feuerwehr alle nötigen Schritte unternimmt. Wichtig wäre noch, eine ausführliche Information. Frau Thomas wird gebeten in der nächsten Sitzung nochmal vorzuführen, wie das genau funktioniert. Daher sollte mit der Veröffentlichung noch bis zur nächsten Sitzung abgewartet werden.

Herr Freyer-Gottschalk:

Dann könnte es schon wieder zu spät sein.

Herr Schönemann:

Anhand der aktuellen Sicherheitslage möchte er zum nächsten Ausschuss wissen, wie die eigene Verwaltung und Einrichtungen geschützt werden. Wie sind unsere Mitarbeiter gesichert.

Herr Kuras:

Dieses Thema ist im Fokus. Bei einem Seminar in Ahrweiler wurden noch mal die Augen geöffnet, was alles passieren kann und wie man sich am ehesten dagegen wappnen kann. Eine Lehre hieraus war, dass man die Mitarbeiter im Katastrophenschutzstab nicht erst kennenlernen darf, wenn es zu einer Katastrophe kommt. Dem soll vorgebeugt werden.

Beschlussfassung:

Die Feuerwehr unternimmt alle nötigen Schritte zur Umsetzung der Arbeit mit der NINA App.

Einstimmig dafür.

Herr Kuras:

Regt an, zum nächsten Ausschuss eine Kurzinfo zur App zu machen. Die MZ soll einen Vorbericht schreiben, dass dies heute thematisiert wurde. Danach soll ein Bericht im Amtsblatt erscheinen, der die Bürger informiert.

Gibt es weitere Fragen und Anregungen zu diesem TOP?

Herr Büttner:

1. Bittet um mehr Einbindung der Ortschaften.
2. Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenfall, dies ist ja nicht nur vor und während der Katastrophe ein Thema sondern geht danach weiter. In Mosigkau gab es zwei Starkregenereignisse. Es kam von den Bürgern die Anfrage, wann mal jemand von der Stadt kommt und Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

Herr Kuras:

Zu diesem Thema kommen wir gleich. Das Thema Öffentlichkeitsarbeit ist somit abgeschlossen.

5.2 Unwetter am 23.05.2016 über dem Stadtgebiet Dessau-Roßlau

Herr Kuras:

Dieses Ereignis betraf nicht nur Mosigkau. Es gibt Bürgerinnen und Bürger in Mosigkau die auf ihren Grundstücken Einrichtungen haben, die bedient werden müssen. Nicht nur die Stadtverwaltung muss tätig werden.

Herr Müller:

Vortrag: → *siehe Anlage 2*

Herr Kuras:

Warum werden diese vorbereitenden Pläne und Maßnahmen nur für Mosigkau gemacht? Hier müsste das ganze Stadtgebiet bedacht werden.

Herr Müller:

Für andere Stadtteile gibt es bereits Pläne, dort war es allerdings bis dato nie so kritisch. Schulungen wurden zum Beispiel bereits auch in Mildensee durchgeführt. Angeboten wird dies in jedem Ortschaftsrat.

Herr Kuras:

Starkregen wird grundsätzlich in der Zukunft ein Problem sein. Die technische Infrastruktur hat grundsätzlich funktioniert. Allerdings muss dies regelmäßiger überprüft werden.

Herr Schönemann:

Das ist eine besondere Form eines neuen Ereignisses. Bis dato konzentrierte sich alles auf das Hochwasser. Alle Pläne, die mit Zeit einhergehen, sind bei solchen Ereignissen durch die Schnelle der Ereignisse überfordert. Es ist eine Menge mehr zu beachten und bedarf qualifizierter Schulungen der Kräfte vor Ort. Als Erstmaßnahme steht die Selbsthilfe vor Ort. Bei dem genannten Ereignis waren die Gewalten zu stark, so dass es nicht abwendbar war. Wichtig ist die Qualifizierung der Wasserwehren für die Ereigniswelle. Schuldzuweisungen sind der falsche Weg.

Herr Freyer-Gottschalk:

Starkregen- und Sturzflutereignisse überraschen uns häufiger und waren nicht vorhersehbar. Es handelt sich immer um Mengen, die nicht beherrschbar waren, egal wie vorbereitet man ist. Hauptaufgabe ist es, den Schaden so gering wie möglich zu halten und so schnell wie möglich zu reagieren. Gegebenenfalls durch Abpumpen oder Umlenken. Dazu sollte ein Plan erstellt werden und auf alle Ressourcen zurückgegriffen werden.

Herr Schlegel:

Vortrag: → *siehe Anlage 3*

Herr Kuras:

Bedankt sich und merkt an, dass die Erkenntnisse ernüchternd sind. Trotz aller wissenschaftlicher Akribie gibt es dennoch Unsicherheitsfaktoren. Der Vortrag hat das ganze Dilemma gezeigt. Zudem wurde hier gerade auch nur ein Stadtteil beleuchtet, der dieses Mal betroffen war.

Herr Schönemann:

Dies trifft auf Oberflächenwasser und Grundwasserproblematiken genauso zu. Mitte der 90er Jahre sollten durch Monitoring die Kosten festgestellt werden. Diese würden uns überfordern. Es wurden Pegel gesetzt und Folgemaßnahmen konzipiert. Lösen kann man dies nur mit einer Abgabesituation und die ist politisch kaum zu vermitteln. Besonders in den Gebieten, wo es um den Schutz persönlichen Eigentums geht, müsste sich der Bürger an einer Abgabe zur Ertüchtigung des Areals beteiligen. Das ist nicht vermittelbar. Abgesehen von den Starkregenereignissen wollten wir es damals anders haben.

Herr Kuras:

Eine Lösung haben wir derzeit nicht und es ist schwierig solche Mengen zu beherrschen. Wenn man die Kubikmeterzahlen ins Verhältnis setzt, sieht man, dass man hier am Ende der Möglichkeiten angekommen ist. Selbst Versicherungen finden hier schwer Anwendung, da die Beiträge zu hoch sind bzw. keine neuen Versicherungen abgeschlossen werden können. Hier muss es andere Wege geben.

Herr Pfefferkorn:

Gibt zu bedenken, dass diese Erkenntnis mit den angegebenen Konsequenzen sehr frisch sind und noch keine richtige Wertung gemacht werden kann. Es ist nicht neu, dass Mosigkau ein Schwerpunkt ist. Dies hatte sich bei der Gesamtheitsstudie bereits herauskristallisiert. Danach wurden beim Land Förderanträge gestellt. Es muss sich zu einer Arbeitsrichtung durchgerungen werden, die nicht so lange Zeit in Anspruch nimmt.

Herr Kuras:

Hier muss weiter dran geblieben werden mit Lösungen, die finanzierbar sind. Mosigkau darf nicht im Stich gelassen werden.

Herr Pfefferkorn:

Bei diesem Ereignis gab es eine Abführung über den Libbesdorfer Landgraben von einem Viertel. Im Extremfall wäre es das Vierfache.

Herr Kuras:

Zusätzlich stehen noch weitere Dinge auf der to-do-Liste, die alle Geld kosten. Vielleicht müssen wir mehr bei den Fördermitteln der EU ansetzen, welche direkt für die Vororte gedacht sind.

Frau Storz:

Möchte dies unterstützen und fand den fachlichen Vortrag sehr gut. Bittet zu prüfen wo Maßnahmen möglich sind, die finanzierbar sind und die Reihenfolge festzulegen. Was kann als erstes gemacht werden. Sie denkt, dass ein automatischer Schieber nicht das Mittel der Wahl ist, sondern eher ein manuelles System, was auch schnell mal durch einen Feuerwehrmann bedient werden kann.

Herr Schönemann:

Sieht das Problem in der Schnelligkeit des Ereignisses. Hier ist jede Automatisierung von Vorteil. Er gibt Herrn Pfefferkorn recht, dass dieses Problem mit Mosigkau schon alt ist und regt an dies in der Prioritätenliste, was die Haushaltsmittel anbelangt, ganz weit nach vorne zu stellen.

Herr Kuras:

Herr Pfefferkorn merkte bereits an, dass die Daten ganz frisch sind. Diese müssen nun erst einmal auf uns wirken und dann muss ganz unkonventionell an diese Sache heran gegangen werden.

Herr Plümecke

Kurze Anmerkung an Frau Storz bzgl. der Automatisierungsanlage. Es ist nicht allein damit getan den Schieber zu schließen. Wenn der Schieber geschlossen ist füllt sich das Becken. Dies hat zur Folge, dass sich die Durchflussmenge erhöht. Somit muss durchgängig reguliert werden. Für Mosigkau liegen Werte vor, wie viel Kubikmeter durch die Gräben gehen. Dahingehend ist die Anlage zum Melden eingestellt und mehr sollte auch nicht durchgehen. Dies bedarf einer sehr genauen und knappen Einstellung.

Herr Kuras:

Gibt Frau Storz recht, das Regelsystem muss sehr robust gebaut sein.

Herr Porsche

Fand als Geologe den Vortrag sehr aufschlussreich. Seit der Existenz von Mosigkau gibt es dieses Problem. Aus hydrogeologischer Sicht ist Mosigkau stark benachteiligt. Dort läuft extrem viel Grundwasser zusammen, welches durch den vorhandenen Untergrund allerdings nicht versickern kann. Es ist falsch, den Mosigkauern zu vermitteln, dass man dieses Problem ohne weiteres in den Griff bekommt. Er stimmt Herrn Schlegel zu, dass man für den Libbesdorfer Landgraben und den gesamten Vorfluter ein Gesamtkonzept erarbeiten muss. Im Mittelalter gab es den Gräben entlang Teiche die zusätzlich als Retentionsräume dienten. Diese fehlen jetzt. In Kochstedt ist die Lage ähnlich. Das Risiko für die anderen Stadtteile ist nicht so groß.

Herr Ehm:

Hatte vor 6-7 Jahren die Diskussion zum Thema Starkregen mit eingeführt. In Waldersee gibt es auch nur zwei kleine Abflüsse. Es wurde versucht zu errechnen was passiert, wenn 150 l/qm Regen fallen. Dies ergab, dass es ein ähnliches Hochwasser wie 2002 geben würde. Seit dieser Zeit wartet Waldersee auf ein hydrologisches Gutachten für den gesamten Ort. Dieses Problem soll bitte nicht vergessen werden.

Herr Kuras:

Versichert, dass nichts vergessen wird. Weist aber auf die Karte hin, auf der die Vorfluter und die überfluteten Flächen eingezeichnet sind.

Frau Dorn:

Zu der Aussage von Herrn Ehm ist zu sagen, dass eine Entwässerungskonzeption für Waldersee im Plan ist. Dies geschah im Rahmen der neuen Richtlinie für den kommunalen Hochwasserschutz. Der Bescheid der Bewilligungsbehörde steht allerdings noch aus. Eigenmittel sind im Haushalt eingestellt und bei einer Bewilligung wird sofort begonnen.

Herr Kuras:

Fragt an, ob hier das Landesverwaltungsamt die Bewilligungsbehörde ist.

Frau Dorn:

Bejaht dies. Über das Amt 37 wurden mehrere Anträge gestellt.

Herr Kuras:

Regt an vielleicht mit den Kollegen auch mal in den Ortschaftsrat zu kommen. Andernfalls wartet man ab, bis die Überlegungen vorangeschritten sind und kommt hier noch einmal zusammen.

Herr Unger:

Weist noch einmal drauf hin, dass es hier nicht ohne private Vorsorge funktionieren wird. Dies ist auch in der Studie deutlich geworden. Das sollte ganz deutlich kundgetan werden und nicht nur in Mosigkau sondern in allen Ortslagen. Die ersten Notrufe kamen von Bewohnern, denen Wasser durch den Rückstau in der Fußbodenentwässerung und der Waschmaschinenanschlüsse in die Keller drückte. Hier sind die Hausbesitzer selbst gefragt. Wer in exponierter Lage wohnt, muss sich über die Keller- oder Tiefgaragennutzung Gedanken machen.

Herr Schönemann:

Dies muss noch einmal in einer Bürgerversammlung thematisiert werden.

Herr Ehm:

Weist darauf hin, dass es eine Homepage gibt, die „Urbane Sturzfluten“ heißt. Hinter dieser stehen süddeutsche Universitäten. Vielleicht können von dort Leute eingeladen werden, um global hierzu etwas zu sagen.

Herr Kuras:

Vertritt die Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich beraten werden müssen. Gleich zu Anfang hieß es, dass die Retentionsräume gehalten werden müssen. Hierzu muss die Stadt im Bauantragsverfahren mehr auf die Nutzung achten und strenger sein. Im Flächennutzungsplan müssen bei Kenntnis die Baubereiche mehr eingeschränkt werden.

Herr Ehm:

Gibt zu bedenken, dass dies vielleicht auch ein Argument gegen die Windräder ist.

Herr Unger:

Merkt an, dass die Wasserbehörde dazu Hinweise gegeben hat.

Herr Kuras:

Die fünf Vertreter der Stadt Dessau-Rosslau waren geschlossen dagegen. Derzeit wird eine Beschwerde an den Staatsminister verfasst.

Herr Pfefferkorn:

Derzeit läuft ein Verfahren zur Ertüchtigung des Retentionsbeckens Hangfichten. Mittel wurden eingestellt und es wird voraussichtlich gefördert. Jetzt ist die Frage: nehmen wir HQ 100? Hierzu müssen Entscheidungen getroffen werden. Vielleicht können wir uns bis zum nächsten Ausschuss Gedanken machen. Insbesondere was wird dies Kosten und können wir uns das als Stadt zur Erleichterung für Mosigkau leisten.

Herr Büttner:

Möchte bitten, dass vor dem nächsten Ausschuss am 10.11.2016 Entscheidungen vorbereitet werden. Die Bürger wissen, dass hier Baumaßnahmen geplant sind und erwarten eine Antwort.

Herr Kuras:

Betont, dass mit dem Hintergrund der Ereignisse keine alten Zahlen genommen werden können.

Herr Büttner:

Es wird darum gebeten, dass der Ortschaftsrat mehr unterstützt wird. Zudem müssen abgesehen von den großen Maßnahmen, auch die kleinen Maßnahmen umgesetzt werden. Hiervon gibt es noch genügend. Zum Beispiel ist der Gefahrenabwehrplan von 2010 veraltet. Die Wasserwehr braucht ein Regime zur Steuerung der Stauanlagen.

Herr Pfefferkorn:

Wir brauchen nicht bis zum nächsten Ausschuss, um die Entscheidung vorzubereiten. Er schlägt vor, Varianten zu erarbeiten die dann in die nächste OB-Dienstberatung sowie in dazugehörige Gremien eingebracht werden.

Herr Kuras:

Wir müssen den nächsten Ausschuss nicht zwingend abwarten. Für die Variantenvorschläge reicht eine Info in der Dienstberatung. Danach kann geschaut werden, wie es in die Ausschüsse kommt.

Herr Müller:

Die Erarbeitung eines Stauregimes ist geplant, dies wird allerdings Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Büttner:

Die Vorschläge aus Mosigkau können zugearbeitet werden.

Herr Schönemann:

Fragt Herrn Müller wann es realistisch wäre, dass Mosigkau ein Dokument erhält.

Herr Müller:

Antwortet, dass dies auch viel von der Zuarbeit des Tiefbauamtes abhängt. Dezember ist realistisch für den überarbeiteten Gefahrenabwehrplan.

Herr Freyer-Gottschalk:

Kann die Bürger verstehen. Warnt aber vor blindem Aktionismus, nur um schnell Ergebnisse zu sehen. Dieses Projekt sollte die nächsten 100 Jahre halten und darf deshalb nicht übers Knie gebrochen werden.

Herr Kuras:

Bittet darum zur nächstmöglichen OB-Dienstberatung einen Gesamtmaßnahmeplan zu erarbeiten inklusive der Termine für die Fertigstellung des Gefahrenabwehrplanes, der Variantenaufstellung usw. Er stellt fest, dass er in Verhandlungen mit dem Landrat Anhalt-Bitterfeld treten muss.

Frau Storz:

Wünscht sich die Liste der kleineren Maßnahmen zur Anlage im Protokoll.

Herr Schönemann:

Bittet darum, den Dezember für die Fertigstellung des Gefahrenabwehrplanes im Auge zu behalten.

Herr Büttner:

Sieht den Brennpunkt im Stauregime.

Herr Schönemann:

Hat eine Bitte zur Bürgerinformationsveranstaltung. Diese muss in den nächsten zwei Monaten stattfinden, damit die Bürger merken, dass sie ernst genommen werden.

Herr Kuras:

Gibt zu bedenken, dass von einer Massenveranstaltung abgesehen werden sollte. Eine Informationsveranstaltung im Ortschaftsrat kann in den Maßnahmenplan mit aufgenommen werden.

Herr Plümecke:

Eine Bürgerversammlung und Informationsveranstaltung seitens des Tiefbauamtes, des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst und des Amtes für Umwelt und Naturschutz gab es bereits. Dort wurde die Gesamtsituation geschildert und das Gespräch mit den Bürgern gesucht und mögliche Lösungswege skizziert. Dies endete darin, sich in diesem Ausschuss zu treffen, um Lösungen zu finden. Bis dato lagen die Ergebnisse der Studie nicht vor. Erst jetzt kann geschaut werden, wie fortzufahren ist. Eine bestehende Planung gibt es. Diese muss mit den aktuellen Ergebnissen vervollständigt werden. Die näheren Maßnahmenvorschläge werden in kommender Zeit geliefert.

Herr Kuras:

Eine Bürgerversammlung macht erst Sinn, wenn sich die Fachleute im Groben über die Strategie einig sind. Es wird sich bemüht, im Spätherbst Resultate vorzulegen.

Herr Kuras:

Bedankt sich für den Vortrag und die damit verbundenen Bemühungen.

5.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Büttner:

Fragt an, ob er die vorgestellten Unterlagen erhalten kann.

Herr Müller:

Sichert Frau Krüger zu, ihr das aktuelle Starkregendokument des Amtes zuzuschicken.

Herr Büttner:

Betont noch einmal, dass er sich durch die von Herrn Müller gemachten Ausführungen in dessen Vortrag persönlich angegriffen fühlt. Es wird der Anschein erweckt, dass er seinen Pflichten als Ortsbürgermeister nicht gerecht wird und dies weist er entschieden zurück. Er selbst wurde bei dem Ereignis zu keiner Zeit informiert und hat es nur durch Bekannte mitbekommen. Er bittet um Streichung dieser Passage im Vortrag.

Herr Kuras:

Erklärt, dass der Ortsbürgermeister zu keiner Zeit beschuldigt wurde, die Feuerwehr jedoch massiv angegriffen wurde. Unter anderem in der Zeitung. Und dagegen verwehrt sich die Stadtverwaltung.

Herr Müller:

Gibt zu bedenken, dass es kein Angriff auf den Ortschaftsrat Mosigkau gab und nicht böse gemeint war, was geäußert wurde. Am 25.05.2016 wurde im Stadtrat von Herrn Göricke wortwörtlich gesagt, dass er bei einer Beratung zwischen dem Tiefbauamt und dem Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, von der Herr Büttner 30 Meter entfernt stand, nicht dazu gebeten wurde. Der Berufsfeuerwehr war Herr Büttner als Person zu der Zeit nicht bekannt, sodass es seine Pflicht gewesen wäre, auf die Berufsfeuerwehr zuzukommen. Hierzu gab es bereits eine Klärung und muss nicht weiter ausgeführt werden.

Herr Freyer-Gottschalk

Das vorhandene Wissen, bestimmte Vorgehensweisen und vorhandene Dokument wurden innerhalb des Ortschaftsrates nicht weitergegeben, was dazu führte, dass manche Personen nicht wissen was sie zu tun haben und es dadurch zu Verzögerungen kommt. Es muss grundsätzlich dafür gesorgt werden, dass bei einem Wechsel des Ortsbürgermeisters von Seiten der Verwaltung darauf zu achten ist, dass alles vollständig übergeben wird.

Herr Schönemann:

Gibt zu bedenken, dass hier die Wahrheit in der Mitte liegt. Die Aktualisierung der Dokumente ist an sich schon ein Problem.

Herr Kuras:

Wertet das alles auch nicht als Angriff. Im Gegenteil, es war eher als Entlastung angedacht.

Dieser Punkt wird hiermit abgeschlossen.

Herr Kuras:

Es liegt eine Anfrage von Herrn Ehm vor.

Herr Ehm:

Am Ende der letzten Ausschusssitzung wurde die to-do-Liste mit Problemen in Waldersee abgebrochen. Daraufhin sollte es zu einem Vor-Ort-Treffen vom LHW, des Oberbürgermeisters und dem Ortsbürgermeister kommen, um dies im kleineren Kreise zu klären. Das ist bis heute nicht geschehen.

Herr Kuras:

Das ist nicht in Vergessenheit geraten und sollte heute ohnehin noch einmal angesprochen werden.

Herr Müller:

Die Terminanfrage wurde bereits an das Büro des OB gestellt.

Herr Ehm:

Neu sind die am 21.07.2016 festgestellten Risse im Schwedenwall. Daraufhin wurde das Amt informiert, welches umgehend den LHW informierte. Am 22.07.2016 gab es eine Vor-Ort-Begehung mit Herrn Schlenker. Eine Information über den weiteren Verfahrensweg wurde zugesichert und erging am 29.07.2016 wobei gesagt wurde, dass der LHW die Lage erstmal beobachtet. Seither gab es trotz Vereinbarung keine weitere Information. Aktuell gibt es hierzu eine Pressemitteilung des LHW vom heutigen Tage.

Herr Ehm:

Verliest die Pressemitteilung.

Herr Kuras:

Weist darauf hin, dass es bei dem gemeinsamen Termin nicht nur um die Klärung einer einzelnen Maßnahme geht, sondern wie bereits im letzten Protokoll festgehalten, die Klärung der Dinge aus der to-do-Liste im kleinen Kreis im Vordergrund steht. Hierzu wird angeregt.

Gibt es weitere Anfragen, Meinungen oder Diskussionen?

Frau Storz:

Gibt zu bedenken, dass heute nicht geschafft wurde die to-do-Liste durchzugehen. Zu den Punkten Deich Möster Höhen und B 185 wurde bereits etwas gesagt. Gibt es weitere nennenswerte Bewegungen oder Dinge die nicht in der Liste stehen?

Herr Unger:

Macht hierzu folgende Ausführungen:

- Punkt 1 besprochen
- Punkt 2 keinen neuen Sachstand
- Punkt 3 keinen neuen Sachstand
- Punkt 4 Planungsanlaufberatung am 18.08.2016
- Punkt 5 Bauarbeiten laufen planmäßig
- Punkt 6 Vorstellung durch den Vorhabenträger am 29.08.2016
- Punkt 7 keinen neuen Sachstand
- Punkt 8 wurden Fördermittel beantragt
- Punkt 9 kein neuer Sachstand
- Punkt 10 wurde berichtet
- Punkt 11 kein neuer Sachstand
- Punkt 12 Gutachtenbeauftragung durch den LHW
- Punkt 13 letzter Realisierungsabschnitt wurde beauftragt
- Punkt 14 Beauftragung der Herstellung

Frau Storz:

Bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Ehm:

Informiert, dass Herr Noack zur Pressemitteilung bemerkt hat, dass außergewöhnlich viele Löcher im Deich sind.

Herr Kuras:

Verständigt sich mit Herrn Unger darauf, dass es zukünftig in jedem Ausschuss einen kurzen Überblick geben wird und er diesen fortschreibt.

Frau Storz:

Bittet bezüglich der Landesgartenschau darum, dass sich die Fachleute Gedanken dazu machen, inwieweit der geplante Trog Einfluss auf den Hochwasser- und Katastrophenschutz nimmt und hierzu in einer der kommenden Sitzung Stellung nehmen kann.

Herr Kuras:

Hält dies für eine sehr gute Idee.

Herr Müller:

Eine Aufforderung zur Stellungnahme gab es bereits von Seiten des Stadtplanungsamtes. Hierzu gab es eine Vorstellung des Projektes, woraufhin es keine Einwände aus Sicht des Hochwasser- oder Brandschutzes gibt. Aus heutiger Sicht und ohne alle Details zu kennen, kann die geplante Maßnahme als unkritisch bewertet werden.

Herr Kuras:

Wenn die Stadt den Zuschlag erhält, wird es hierzu gesonderte Planungsverfahren geben.

Herr Kuras:

Gibt es weitere Anfragen, Meinungen oder Diskussionen? → keine

Bedankt sich für die Teilnahme.

6 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des dauerhaft beratenden Hochwasserausschusses beendet die Sitzung um 19:30 Uhr.

Die nächste Sitzung findet am 10.11.2016 um 16:30 Uhr in der Feuerwache Innsbrucker Str. statt.

Dessau-Roßlau, 11.10.16

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und
Katastrophenschutz

Tina Dolze
Schriftführer